

Betschart verlässt Gemeindewerke

ERSTFELD red. An der Spitze der Leitung der Gemeindewerke Erstfeld gibt es einen Wechsel. Roman Betschart-Püntener verlässt das Unternehmen per Ende 2013. «Roman Betschart und der Verwaltungsrat der Gemeindewerke Erstfeld haben im gegenseitigen

Einvernehmen beschlossen, das Arbeitsverhältnis – unter Einhaltung der ordentlichen Kündigungsfrist von sechs Monaten – auf Ende Jahr aufzulösen», heisst es in einer gestern veröffentlichten Medienmitteilung der Gemeindewerke. «Die Gründe für die einvernehmliche Auflösung des Arbeitsverhältnisses liegen in teils unterschiedlichen Auffassungen in der Führung und Ausrichtung des Unternehmens. Über konkrete Details dazu gilt aus Rücksicht auf das Geschäftsgeheimnis Stillschweigen.»

Dittli übernimmt vorläufig

Interimistischer Nachfolger von Betschart wird dessen bisheriger Stellvertreter, Peter Dittli-Baumann. Dieser wird die Gemeindewerke Erstfeld ab dem 6. Juli führen. Gleichzeitig will der Verwaltungsrat die Ausschreibung für die definitive Neubesetzung des Vorsitzes der Unternehmensleitung starten. Roman Betschart hat das operative Geschäft der Gemeindewerke Erstfeld knapp zwanzig Jahre lang geleitet. «Nach den ordentlichen Ferien im Juli wird er in Ruhe an die Planung seiner beruflichen Zukunft gehen», heisst es in der Mitteilung weiter.

Bereits 2011 gabs Knatsch

Die Trennung kommt nicht unbedingt überraschend. Im November 2011 hatte sich der gesamte Verwaltungsrat der Gemeindewerke Erstfeld nicht mehr zur Wiederwahl gestellt. Unüberbrückbare Differenzen in Personalfragen hätten eine konstruktive Zusammenarbeit mit Betschart vermöglicht, liessen die Verwaltungsräte damals verlauten. Die Vertrauensbasis zwischen Verwaltungsrat und Unternehmensleitung sei nicht mehr gegeben. Und: Der Verwaltungsrat habe auch feststellen müssen, dass er in seinen monatelangen Bemühungen um Strategie- und Personalfragen keinen Schritt weiterkommen sei. Durch die Differenzen sei auch die erfolgsorientierte Entwicklung der Firma blockiert worden.

HINWEIS

Informationen zum Geschäftsjahr 2012 der Gemeindewerke Erstfeld auf Seite 18.

Uri hat weniger Arbeitslose

STATISTIK red. Ende Mai 2013 waren in Uri 223 Personen (97 Frauen und 126 Männer) als arbeitslos eingeschrieben, 24 weniger als Ende April. Betroffen waren 115 Schweizer Bürger und 108 Personen ausländischer Herkunft. Die Arbeitslosenquote in Uri sank von 1,3 auf 1,2 und liegt damit um 1,8 Prozentpunkte unter der durchschnittlichen Arbeitslosenquote in der Schweiz. Die Zahl der Stellensuchenden lag per Ende Mai 2013 bei 421 Personen (April 2013: 456; Vorjahr: 390). Als Stellensuchende gelten Arbeitslose, Personen in einer vorübergehenden Beschäftigung im Rahmen der aktiven Arbeitsmarktmassnahmen, Personen im Zwischenverdienst sowie übrige Stellensuchende. Die Anzahl der Arbeitslosen, die länger als ein Jahr ohne Erwerbsmöglichkeit sind, nahm gegenüber dem Vormonat von 20 auf 23 zu. 39 Prozent aller Langzeitarbeitslosen sind Schweizer.

Uri befürchtet Anstieg



Die Initiative «Für eine öffentliche Krankenkasse» wurde am 23. Mai 2012 in Bern eingereicht. Keystone

VERNEHMLASSUNG Die Urner Regierung will keine Einheitskrankenkasse. Sie befürwortet in der Antwort an den Bund aber Änderungen im Krankenversicherungsgesetz.

BRUNO ARNOLD
bruno.arnold@urnerzeitung.ch

Die Volksinitiative «Für eine öffentliche Krankenkasse» verlangt, dass der Bund die obligatorische Krankenpflegeversicherung über eine eigene Einheitskasse regelt. Sie soll an die Stelle der heute 62 Krankenkassen treten. Die Urner Regierung lehnt diese Volksinitiative ab. Sie spricht sich in der gestern publizierten Vernehmlassung an das Bundesamt für Gesundheit dafür aus, «dass die heutige Vielfalt der Krankenkassen beibehalten wird». Damit sollen die Krankenkassen durch Wettbewerb angetrieben werden, ihre Kosten, namentlich im Verwaltungs- und Marketingbereich, möglichst tief zu halten.

Kanton müsste mehr zahlen

«Die Volksinitiative lässt offen, ob die Prämien wie im geltenden System nach

den ausgewiesenen Kosten regional abgestuft werden sollen», hält die Regierung fest. «Sollten sich die Prämien mit einer Einheitskasse nicht mehr kantonal unterscheiden und somit national einheitlich festgelegt werden, befürchten wir eine starke Prämienhöhung für die Urner Versicherten», heisst es in der Stellungnahme. «Dadurch müsste der Kanton mehr finanzielle Mittel für die individuelle Prämienverbilligung einsetzen, um die höhere Prämienlast für Personen in bescheidenen finanziellen Verhältnissen sozial abzufedern.»

Risikoselektion wird verringert

Der Bundesrat stellt der Volksinitiative einen indirekten Gegenvorschlag gegenüber. Dieser soll vor allem die Risikoselektion der Krankenversicherer verringern, und zwar mit einer Rückversicherung für sehr hohe Kosten und einer weiteren Verfeinerung des Risikoausgleichs. Zudem soll die Transparenz mit einer strikteren Trennung von Grund- und Zusatzversicherung erhöht werden. Insgesamt begrüsst die Regierung den vorgeschlagenen Entwurf zur Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG). «Die Regierung erachtet den heute geltenden Risikoausgleich als ungeeignet, um den Wettbewerb der Krankenkassen auf gute Risiken wirksam einzudämmen», so

die Regierung. «Stattdessen sollte der Wettbewerb unter den Krankenkassen vermehrt darauf abzielen, die Zahl der Versicherten zu erhöhen.» Auch eine klare rechtliche Trennung der Grund- und Zusatzversicherung werde begrüsst. Zudem spricht sich die Urner Regierung «im Grundsatz auch für die Schaffung einer Hochrisiko-Rückversicherung» aus. «Denn gerade für einen kleinen Kanton wie Uri ist dies ein geeignetes Mittel, um die Problematik der Prämienfestsetzung im Verhältnis zu den kantonalen Kosten zu entschärfen», so die Regierung. «Je kleiner die Risikogemeinschaft ist, desto wirksamer und wichtiger ist folglich das Instrument der Rückversicherung für sehr hohe Kosten.»

Für höheren Schwellenwert

Von den beiden vorgeschlagenen Varianten (Sechs- oder Zwölffaches der Durchschnittsleistung) unterstützt der Regierungsrat den vom Bundesrat bevorzugten höheren Schwellenwert. Demnach soll die Rückversicherung für die Behandlungskosten einspringen, sobald die Kosten das Zwölffache der Durchschnittsleistung (2011: 32 592 Franken) übersteigen. Damit würde die Rückversicherung rund 7 Prozent aller Leistungskosten übernehmen, die heute von der sozialen Krankenversicherung vergütet werden.

Epp gewinnt den Medienpreis

ALTDORF Gestern gewann die gebürtige Altdorferin Carmen Epp den Urner Medienpreis 2013. Sie erhielt den mit 3000 Franken dotierten Preis für den im «Urner Wochenblatt» erschienenen Artikel «Die unglaubliche Geschichte der Sara Collins». Darin beschreibt Epp das spannende Leben von einem Model, das für den ägyptischen Investor Sawiris arbeitet. «Die junge Journalistin hat in ihrem Porträt die Person und das Leben von Collins treffend gezeichnet», sagte Jurymitglied Othmar Kempf.



Zweitplatzierte ist Daniel Schriber. Schriber arbeitet als Redaktor für die «Neue Luzerner Zeitung». Sein Porträt «Seit 83 Jahren Uri Nummer 1», das Mitte Dezember in der «Zentralschweiz am Sonntag» erschienen ist, hat die vierköpfige Jury überzeugt. Der Text beschreibt die bekannte Urner Persönlichkeit Max Dätwyler. Die Nummer 1 im Titel ist eine Anspielung auf die Autonummer UR 1, die seit 83 Jahren im Besitz der Familie Dätwyler ist.

Der Drittplatzierte kommt aus Bürglen. «Mit dem dritten Rang möchten wir eine Person ehren, die seit Jahren gute Texte veröffentlicht», sagt Kempf. «Gemeint ist der Journalist Erich Herger.» In seiner Reportage «Gisler sorgt für die richtige Stimmung» schildert Herger den Alltag von Peter Gisler, einem gefragten Klavierstimmer. Herger geht in seinem Text insbesondere auf den Transport eines 400 Kilogramm schweren Konzertflügels ein. Auch dieser Beitrag ist im «Urner Wochenblatt» erschienen.

So viele Einsendungen wie nie

Der Urner Medienpreis wird seit 2007 jährlich von der Genossenschaft Pro Journalismus Uri verliehen; gestern Abend zum sechsten Mal. Er soll besondere journalistische Leistungen auszeichnen und gleichzeitig den Qualitätsgedanken fördern. Insgesamt wurden heuer 32 Arbeiten eingesandt – etwas mehr als im vergangenen Jahr. Das sind so viele Einsendungen wie noch nie zuvor. Eine Themenvorgabe bestand nicht. Einzige Voraussetzung: Der eingereichte Text muss einen Bezug zum Kanton Uri haben. Diese offenen Teilnahmebedingungen sollen einen breiten Kreis ansprechen. Voraussichtlich wird der Preis auch in Zukunft vergeben.

ANIAN HEIERLI
anian.heierli@urnerzeitung.ch

Kebabverkäufer bangt um seine Existenz

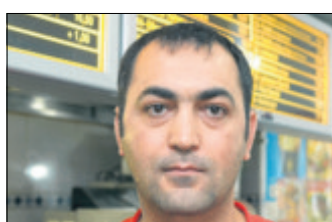
ALTDORF Nachts darf kein Fast Food über die Gasse verkauft werden. Weil Kunden die Regel missachten, gerät ein Kebabverkäufer in Not.

Nahit Aydogmus ist verzweifelt. Der Gastronom verkauft in seinem Lokal Royal Döner an der Tellgasse in Altdorf hauptsächlich Kebab und Dürüm. Jetzt befürchtet er, dass ihm seine Bewilligung entzogen werden könnte. «Wenn die Leute nachts ihr Essen mit auf die Strasse nehmen, verliere ich meine Lizenz», sagt Aydogmus. «Die Volkswirtschaftsdirektion hat mir bereits mit dem Entzug der Bewilligung und einer Busse von 5000 Franken gedroht.»

Kebab wird rausgeschmuggelt

Im Kanton Uri dürfen nach 1 Uhr nachts keine Gerichte über die Gasse

verkauft werden. «Mit dieser Regel wollen wir vor allem die Nachtruhe sicherstellen», sagt Markus Indergand von der Volkswirtschaftsdirektion. Er stellt klar:



«Kunden verstehen das Verbot nicht.»

NAHIT AYDOGMUS,
INHABER ROYAL DÖNER

«Alle Gastrobetriebe können grundsätzlich während 24 Stunden öffnen. Nur der Verkauf über die Gasse – also das sogenannte Take-Away – ist verboten.»

Für Kebabverkäufer Aydogmus ist diese Regel ein schlechter Witz. Vor allem jetzt im Sommer wollen viele Nachtschwärmer während oder nach dem Ausgang noch etwas essen. Und die überwiegend jungen Gäste sehen nicht ein, weshalb der Kanton ihnen das verbietet. «Manche beschimpfen mich. Oder sie schmuggeln den Kebab hinter dem Rücken oder in der Tasche nach draussen. In vielen Fällen kann ich das nicht verhindern», klagt Aydogmus.

Wache beobachtet Geschehen

Ein von der Gemeinde Altdorf beauftragter privater Sicherheitsdienst beobachtet jeweils Freitag- und Samstagnacht das Geschehen im Dorfkern – so auch im und um das Royal-Döner-Lokal. Die Wache patrouilliert im ganzen Dorf und versucht, falls nötig, die Situation zu beruhigen. Zudem dokumentiert sie spezielle Vorfälle. «Wenn mehrere Personen mitten in der Nacht vor einem Lokal essen, entstehen Probleme», sagt Gemeindegastgeber Markus Wittum. Es

geht dabei nicht nur um die Nachtruhe. Wittum nennt zwei weitere Gründe, die für das Take-Away-Verbot nach 1 Uhr sprechen: «Einerseits gefährdet eine Traube von Leuten am Strassenrand den Verkehr. Andererseits entsteht durch den Verzehr von Speisen auf öffentlichem Grund zusätzlicher Abfall.»

Anwohner der Tellgasse hatten sich 2012 über den Lärm vor dem Royal Döner beschwert. Denn nicht immer hat sich Aydogmus ans Take-Away-Verbot gehalten. Deshalb hat ihn die Bewilligungsbehörde im Herbst des vergangenen Jahres zurechtgewiesen. «Seither hat es bei uns keine Beschwerden mehr gegeben», so Wittum.

Trotzdem hat Aydogmus nur wenig Verständnis für das Verbot. «Seit dem Rauchverbot in den Bars stehen ohnehin immer Personengruppen auf der Strasse. Zudem halte ich das Areal um meinen Laden selber sauber», sagt der Gastwirt verärgert.

ANIAN HEIERLI
anian.heierli@urnerzeitung.ch